

Bern, 26. Oktober 2016

Medienmitteilung

Lohngleichheit: Wacklige Annahmen führen nur zu Bürokratie

Die Vereinbarung von Familie und Beruf ist der richtige Weg

Der Bundesrat hat heute dem Parlament eine Revision des Gleichstellungsgesetzes überwiesen. FDP. Die Liberalen unterstützt das Ziel der Vorlage - nämlich die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann - nicht aber die vorgeschlagenen Massnahmen, um dieses Ziel zu erreichen. Diese sind nicht nur ineffizient, sondern belasten Schweizer Unternehmen, welche ohnehin schon zahlreichen Herausforderungen gegenüberstehen. Für die FDP wird die Lohngleichheit erreicht, indem Massnahmen getroffen werden, um die Vereinbarung von Familie und Beruf zu verbessern.

Der Gesetzesentwurf des Bundesrats stützt sich auf die Annahme, dass Diskriminierung der Hauptgrund für Lohnunterschiede zwischen Frau und Mann sei. Jedoch steht im [Bericht](#) des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EGB): « *Der unerklärte Anteil der Lohndifferenz setzt sich sowohl aus weiteren in der Analyse nicht berücksichtigten Faktoren als auch aus Diskriminierung zusammen. Welches Gewicht diese beiden Aspekte einnehmen, kann nicht abgeschätzt werden. Den unerklärten Anteil der Lohndifferenz rein als Lohndiskriminierung zu interpretieren ist auf Basis einer statistischen Analyse nicht möglich.* » Ausserdem werden zahlreiche weitere Faktoren nicht in den Lohngleichheitsanalysen berücksichtigt, wie zum Beispiel subjektive Faktoren, Ermessenskriterien zur Festsetzung der Löhne, wie das Engagement eines Mitarbeiters oder das Resultat von Lohnverhandlungen, regionale Unterschiede und Firmengrössen.

Zusätzliche Auflagen für Unternehmen

Die neuen Verpflichtungen, die vom Bundesrat vorgeschlagen wurden, stellen einen grossen zusätzlichen Verwaltungsaufwand für Schweizer Unternehmen dar. Dies widerspricht den liberalen Grundsätzen, die einen schlanken und einfachen Gesetzrahmen fordern und die zum Erfolg der Schweiz führten. Da es nichts gratis gibt, haben diese Verpflichtungen ebenfalls beträchtliche Kosten, welche die Unternehmen tragen werden müssen. Vor dem aktuellen wirtschaftlichen Hintergrund ist es nicht akzeptabel, dass den Schweizer Unternehmen noch mehr Bürokratie und Kosten aufgezwungen werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Letztlich findet die FDP, dass Massnahmen zur Chancengleichheit von Frau und Mann notwendig sind. Zu diesem Zweck fordert die FDP seit längerer Zeit die [Umsetzung von Massnahmen](#), wie zum Beispiel Krippengutscheine in den Kantonen und Gemeinden und einen höheren Steuerabzug für die Fremdbetreuungskosten. Der Bundesrat hat in den letzten Wochen auch Massnahmen beschlossen, welche in die richtige Richtung gehen.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakt

- › Hans-Ulrich Bigler, Nationalrat, 079 285 47 09
 - › Karin Keller-Sutter, Ständerätin, 071 244 18 84

 - › Beat Walti, Nationalrat, 079 296 72 25
 - › Christian Wasserfallen, Nationalrat, 078 648 39 71
 - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
 - › Arnaud Bonvin, Pressesprecher Westschweiz, 079 277 71 23
-

Die FDP ist seit 1848 der Garant des Erfolgsmodells Schweiz. Wir sichern dank unserer Wirtschaftskompetenz dem Standort Schweiz optimale Rahmenbedingungen, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Und wir stehen ein für die bilateralen Verträge, aber gegen einen EU-Beitritt.

FDP.Die Liberalen, Generalsekretariat, Neuengasse 20, Postfach 6136, CH-3001 Bern

T +41 (0)31 320 35 35, F +41 (0)31 320 35 00, www.fdp.ch